

Wolfgang Steiger
Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Thesenpapier:

Für ein Schnellprogramm zur Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt

Wenn rund eine Million Menschen binnen eines Jahres als Asylbewerber nach Deutschland einreisen, muss offen ausgesprochen werden: Der Arbeitsmarkt kann diese Zahl von Menschen ohne konkrete Maßnahmen nicht integrieren, wenn sie keine ausreichende Qualifikation mitbringen. Weitestmögliche Integration Erwachsener in die Gesellschaft kann jedoch nur mit einer zügigen, erfolgreichen Arbeitsplatzsuche gelingen. Selbst qualifizierte Bewerber – wie nach ersten Erhebungen häufiger aus Syrien als aus den West-Balkanländern – müssen hohe Sprachhürden und auch erhebliche Unterschiede zwischen den Arbeitswelten in Deutschland und in den Heimatländern überwinden.

Deutschland hat die selbstverständliche Verpflichtung, politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Dadurch allein werden wir aber die große demografische Lücke nicht schließen können, die uns nach dem Ausscheiden von Millionen Fachkräften in den nächsten Jahren erwartet. Schon heute ist der Anteil von niedrigqualifizierten Migranten unter Arbeitslosen, hier insbesondere den Langzeitarbeitslosen, überproportional hoch. Schwächere Deutschkenntnisse sind dabei nicht die einzige Barriere. In gewachsenen Parallelwelten einzelner Migrantengruppen ist der Integrationswille zu gering ausgeprägt. Dem muss sich die Politik stellen und darf heute nicht die Fehlsteuerungen der letzten Jahrzehnte wiederholen.

Konkret ist ein Blick auf die bisherige, nur teilweise gelungene Integration nötig: Durch die seit Jahren durchgängig doppelt so hohe Arbeitslosenquote von Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Deutschen wird deutlich, dass schon ohne zusätzliche Zuwanderung die Integration von zum Teil seit mehreren Generationen in Deutschland lebenden Migranten eine erhebliche Herausforderung darstellt. In der besonderen Problemgruppe des Arbeitsmarktes, den Langzeitarbeitslosen, verfügen rund 75 Prozent der Migranten über keine abgeschlossene Berufsausbildung gegenüber rund 40 Prozent der Deutschen. Hinzu kommt aktuell, dass die Zahl der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund gegen den Trend steigt. Wohingegen die Arbeitslosigkeit unter Deutschen konstant sinkt. Wenn sich dieser Negativtrend verstetigt und durch zusätzliche Migranten verstärkt, lassen sich pauschale Aussagen wie „Zuwanderer sorgen für sichere Renten“ nicht halten.

Es gibt viele sehr optimistische Aussagen angesichts der geringen Erkenntnisse über die Qualifikation der Einwanderer, die hier ein besseres Leben suchen. Immerhin sind die Zuwanderer im Schnitt jünger als die deutsche Bevölkerung. Darauf stützt sich die Hoffnung, dass die meisten nach Sprachkursen und Ausbildung oder Studium tatsächlich ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt finden werden. Verdrängt wird die Möglichkeit, eine signifikante Zahl der Immigranten könnte eigenes Engagement in der Integration scheuen und sich darauf verlassen, im Sozialsystem ihr Auskommen zu finden. Dann sieht die Kosten-Nutzen-Rechnung mancher Ökonomen schlechter aus.

Deshalb müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden:

Sprachbarrieren als Haupthindernis abbauen!

Das Angebot von Sprach- und Integrationskursen muss erweitert werden. Dafür müssen binnen kurzer Zeit pensionierte Lehrkräfte reaktiviert und Studierende einschlägiger Studiengänge (unter Anerkennung als Studienpraktika?) eingesetzt werden.

Bürokratische Arbeitsplatz-Schwellen senken!

Qualifizierte Einwanderer müssen leichter freie Arbeitsplätze besetzen können. Die Vorrangprüfung muss dafür bürokratisch entschlackt werden.

Öffnungen beim Mindestlohn und Branchen-Einstiegsgehältern ermöglichen!

Die Ausnahmeregelung, die eine Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen in den ersten sechs Monaten unter dem gesetzlichen Mindestlohn erlaubt, soll auch für anerkannte Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge gelten. Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro wird in den meisten Branchen-Tarifverträgen in den niedrigsten Lohngruppen für einfache Tätigkeiten deutlich überboten. Wenn die Tarifpartner, insbesondere die Gewerkschaften, ihren erklärten Aufnahmewillen ernst meinen, müssten sie konditionierte, befristete tarifliche Öffnungen für die Integration von Flüchtlingen kurzfristig einräumen. Hier wird sich zeigen, ob aus den jüngsten Willkommens-Erklärungen auch konkrete Schlüsse gezogen werden.

Praktikumsoffensive starten!

Neu nach Deutschland gekommenen Migranten muss der Einstieg in das Arbeitsleben möglichst unbürokratisch ermöglicht werden. Auch dazu müssen beim gesetzlichen Mindestlohn und durch tarifliche Öffnungsklauseln generell mehr Ausnahmen eingeräumt werden.

Qualifizierungsoffensive durch Kammern, Bildungsträger und Hochschulen dringend erforderlich!

Ausgebildeten Fachkräften wie auch Akademikern verschiedener Berufe müssen sowohl von überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen als auch Hochschulen gezielte Programme angeboten werden, durch die sie an in Deutschland übliche Standards herangeführt werden. Ein irakischer Elektriker oder Arzt aus Eritrea kann nicht von heute auf morgen in Deutschland einen Arbeitsplatz antreten, selbst wenn in beiden Berufen derzeit in vielen Regionen Mangel herrscht.

Niedrigere finanzielle Anreize erhöhen Integrationswillen der angekommenen Einwanderer!

Eine der – nicht gerne gehörten – Erfahrungen aus den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien ist, dass der Antrieb von Einwanderern sich selbst um Arbeit und Bildung zu bemühen, umso höher ist, je niedriger die Sozialleistungen sind, die zu Beginn gezahlt werden.

Zudem ist es dringend erforderlich, klarere Trennlinien zwischen den „echten“ Flüchtlingen aus Syrien und Wirtschaftsmigranten zu ziehen. Die eingeführten Grenzkontrollen können nur eine Notbremse, aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Längst hätte eine Task-Force quer über Bund-Länder-Zuständigkeiten hinweg eingerichtet werden müssen, um Sofortmaßnahmen zu ergreifen und konkrete Schlüsse für die Einwanderungspolitik zu ziehen. Warum ist das bei Hochwassern möglich – nicht aber bei einschneidenderen, humanitären Katastrophen?

Im Klartext heißt das: Großzügigere Einwanderungsregeln für qualifizierte Fachkräfte müssen mit konsequenteren Maßnahmen gegen den Asylmissbrauch gekoppelt werden. In konkreten Fällen, etwa von Menschen aus dem Westbalkan, muss dies keine generelle Ablehnung bedeuten. Qualifizierten Bewerbern sollten wir aktiv legale Alternativen anbieten. Hohe Hürden gegen Missbrauch und

Offenheit gegenüber der Aufnahme ausgebildeter Menschen schließen einander nicht aus. Das beweisen Einwanderungsländer wie Kanada oder Australien.

Um eine moderne Einwanderungspolitik umzusetzen und den Bürgern zu vermitteln, müssen Bundestag und Bundesrat Albanien, Montenegro wie auch das Kosovo als sichere Herkunftsländer definieren. Nur so lassen sich Asylverfahren wie Abschiebungen beschleunigen und gleichzeitig eine humanitäre Katastrophe für die ankommenden Bürgerkriegsflüchtlinge verhindern. Außerdem müssen sich die zusätzlich abgestellten Beamten um die „echten“ Bedürftigen kümmern.

Für die Einwanderer, die durch ihre Qualifikation in den Arbeitsmarkt integriert werden können, müssen die unzähligen Regeln des Aufenthaltsrechts entschlackt und die Einkommensschwelle gesenkt werden. Wir brauchen Erleichterungen nicht nur für Akademiker, sondern auch für Fachkräfte in Industrie und Handwerk. So ist es realitätsfern, von IT-Fachleuten immer Diplome zu verlangen. Auch die bürokratische Vorrangprüfung für Einheimische bei der Arbeitsplatzvergabe gehört vereinfacht.

Die Kehrseite: Alle finanziellen Anreize für Asylbewerber gehören auf den Prüfstand. Die exorbitanten Steigerungen der Bewerberzahlen seit dem 1. März hängen auch mit der deutlichen Erhöhung der Leistungen zu diesem Termin zusammen, die das Bundesverfassungsgericht verlangt hatte. Für allein eingereiste, erwachsene Asylbewerber stiegen sie von 224,97 auf 349 Euro; die darin enthaltene Barauszahlung von 40,90 auf 143 Euro. Prompt beantragten im ersten Halbjahr 2015 vierzehn mal mehr Kosovaren und fast fünfmal mehr Albaner Asyl als ein Jahr zuvor. Rund 45 Prozent aller Asylbewerber seit Jahresbeginn kommen vom Westbalkan. Die Ablehnungsquoten betragen fast hundert Prozent. Darauf hat die Bundesregierung richtigerweise reagiert. An dieser Stelle muss sie gegebenenfalls in ein paar Monaten nochmal nachsteuern.

Tabuisierungen helfen nicht weiter. Wir müssen jetzt eine gezielte Anwerbestrategie für Fachkräfte entwickeln. Entgegen unseres oft überkritischen Selbstbildes ist unser Land eines der beliebtesten der Welt. Mit diesem Pfund müssen wir aktiv wuchern – und unsere Bürger dabei mitnehmen. Deutschland kann seinen Wohlstand nur halten, wenn wir angesichts der anstehenden demografischen Veränderungen mehr qualifizierte Einwanderer gewinnen.